

Stand der Informationstechnik

in der bayerischen Justiz

(Stand Juni 2007)

Ordentliche Gerichtsbarkeit

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bayern mit derzeit etwa 14.000 Bediensteten sind ca. 13.500 Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet, an denen die Mitarbeiter durch rd. 50 justizspezifische IT-Anwendungen in nahezu allen Bereichen unterstützt werden. Die Schwerpunkte der aktuellen IT-Ausstattung und IT-Projekte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. **Gerichte**

a) **Geschäftsstellenautomation**

Die bayerischen Justizbehörden sind mit funktionellen Verfahren zur Geschäftsstellenautomation ausgestattet. Mit den bisher eingesetzten sog. „Altverfahren“ werden damit schwerpunktmäßig die Mitarbeiter der Serviceeinheiten bzw. der Geschäftsstellen und Schreibkanzleien bei ihren zahlreichen Routine- und Massentätigkeiten (Textverarbeitung einschließlich Protokollführung im Sitzungssaal; Registratur und Vorgangsverwaltung; Fristenverwaltung; Statistik) unterstützt. Hier sind vor allem erwähnenswert die Verfahren SIJUS-Zivil für Amts- und Landgerichte, SIJUS-Vollstreckung sowie die mit Standardsoftware selbst entwickelten Textlösungen ZIVTEXT (für Zivilgerichte), STRAFTEXT (für Strafgerichte), VOLLTEXT (für Vollstreckungsgerichte), INKA (für Insolvenzgerichte), FAMTEXT (für Familiengerichte), NACHTEXT (für Nachlassgerichte) und VORMTEXT (für Vormundschaftsgerichte). Die strategische Ausrichtung des Einsatzes von IT-Fachverfahren wurde mit dem Projekt bajTECH 2000 grundlegend geändert (vgl. Nr. 3 a und b). Hiernach sollen künftig auch die Richter, Rechtspfleger und Staatsanwälte möglichst weitgehend mit Funktionen der IT-Fachverfahren und des Textsystems unterstützt und die Betriebsabläufe insgesamt auf Basis eines durchgängigen workflows optimiert werden. Elektronische Verfügungen, bilden das Rückgrat des effizienten Zusammenwirkens aller Funktionsbereich.

Für die gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichungen über Kommunikations- und Informationssysteme im Internet werden das Registerportal der Länder sowie das

Inso-Portal der Landesjustizverwaltungen (beide von NRW betrieben) genutzt.

b) Elektronische Grundbuch- und Registerführung

aa) Elektronisches Grundbuch SolumSTAR

Seit Februar 2002 wird das Grundbuch in Bayern (insgesamt 5,5 Millionen Grundbuchblätter mit etwa 60 Millionen Seiten) landesweit vollständig elektronisch geführt. Papiergrundbücher bestehen nicht mehr. Mit SolumSTAR können externe Berechtigte wie Notare, Kreditinstitute und öffentliche Stellen in einem automatisierten Abrufverfahren über Internet von ihrem Schreibtisch aus online das Grundbuch einsehen. Über 1.800 Teilnehmer machen von dieser Online-Abrufmöglichkeit jeden Monat in ca. 200.000 Fällen Gebrauch. Im Jahr 2006 waren etwa 2,4 Millionen Abrufe zu verzeichnen. Die elektronische Vollzugsmitteilung wird derzeit mit mehreren Notaren pilotiert. Auf Grund der positiven Pilotierungsergebnisse ist geplant, diese elektronische Kommunikation sukzessive auf weitere Notare auszudehnen.

bb) Neuentwicklung eines EDV-Grundbuches

Im Verbund mit allen Ländern wurde die Realisierung eines neuen EDV-Grundbuches in Angriff genommen, das künftig eine datenbankgestützte Haltung der Grundbuchdaten und damit z. B. neue bürgerfreundlichere Darstellungsformen des Grundbuches (z.B. aktueller Auszug, grundstücksbezogene Ansicht, Belastungsübersicht), Verbesserungen des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. den Vermessungsverwaltungen) und die Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs im Grundbuch (elektronische Antragsstellung, elektronische Grundakte) ermöglichen soll. Mit der Erstellung eines Fachfeinkonzepts ist 2005 begonnen worden. In einer Arbeitsgruppe von Landesjustizverwaltung und dem Bundesjustizministerium (Vorsitz) werden die notwendigen Rechtsänderungen erarbeitet, um die innovativen und effizienten Neuerungen des geplanten Datenbankgrundbuchs später einsetzen zu können.

cc) Elektronisches Handelsregister RegisSTAR

Im Juni 2004 wurde die Einführung des elektronischen Handelsregisters RegisSTAR in den 23 bayerischen Registergerichten abgeschlossen. Alle ca. 215.000 aktuellen eingetragenen Firmen können damit auch über das Internet recherchiert und eingesehen werden. Inzwischen sind mehr als 14.000 Teil-

nehmer an der Online-Handelsregistereinsicht angeschlossen. Seit dem 1. Januar 2007 wurde bei den Registergerichten der elektronische Rechtsverkehr eingeführt. Anmeldungen zum Handels- und Genossenschaftsregister samt den damit verbundenen Dokumenten sind ausschließlich über die virtuelle Poststelle Bayern mit dem dafür vorgesehenen Verfahren (EGVP) einzureichen. Die bayer. Handels- und Genossenschaftsregister sind ferner über das Registerportal der Länder und das Unternehmensregister zugänglich.

c) Richterarbeitsplatz

Seit Ende 2006 sind alle Richterarbeitsplätze mit vernetzter PC-Technik, Zugang zu E-Mail und Internet ausgestattet. Sie haben Zugriff auf die juristischen Datenbanken beck-online, ibr-online und die Datenbank "BAYERN-RECHT", die nicht nur die bayerischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, sondern auch den Zugang zu den wichtigsten Rechtsdatenbanken der juris GmbH umfasst.

Auf jedem PC ist ein Office-Paket installiert; darüber hinaus kann je nach konkreter Aufgabenstellung auf die betreffenden Fachverfahren zugegriffen werden. Durch die elektronische Verfügungstechnik wird den Richtern die Mitwirkung am automatisierten workflow der Betriebsabläufe ermöglicht. In einem Pilotprojekt unter Einbeziehung vieler Richter werden seit 2006 die Möglichkeiten erkundet, die Arbeit der Richter durch Spracherkennungstechnik zu unterstützen.

d) Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren (AUGEMA)

In Bayern werden beim zentralen Mahngericht Coburg sämtliche Mahnverfahren – derzeit ca. 1,3 Mio jährlich – mit Hilfe des Fachverfahrens AUGEMA maschinell bearbeitet

Ca. 62 % der Anträge werden im Datenträgeraustauschverfahren abgewickelt.

Die Quote der auf Papier eingehenden Anträge ist von 37 % im Jahr 2004 auf inzwischen unter 32 % gesunken, wobei der Anteil der über die Internet-Anwendung "Online-Mahn Antrag" (s. u.) erstellten Anträge auf normalem Papier mit Barcode kontinuierlich steigt.

Zunehmend ist der Anteil der über Online-Verfahren eingereichten Anträge. Das Zentrale Mahngericht Coburg stellt alle insoweit bestehenden Verfahren zur Verfügung, nämlich

- die Verfahren TAR/WEB und EGVP, mit denen aus professioneller Mahnsoftware erzeugte elektronische Antragsdaten digital signiert über das Internet an das Zentrale Mahngericht übersandt und auch Rückmeldungen des Zentralen Mahngerichts online für eine elektronische Weiterverarbeitung durch den Antragsteller bereitgestellt werden;
- das Verfahren Online-Mahntrag, das es Gläubigern ohne eigene Mahnsoftware ermöglicht, im Internet ein interaktives Mahnantragsformular auszufüllen und - verschlüsselt und mit einer qualifizierten digitalen Signatur versehen – online über Internet an das Zentrale Mahngericht zu übermitteln.
Die gleiche Internet-Oberfläche ermöglicht - ohne Erfordernis einer digitalen Signatur - die bereits erwähnte Erstellung von Anträgen auf normalem Papier mit Barcode.

2. **Staatsanwaltschaften**

Sämtliche 22 bayerischen Staatsanwaltschaften sind mit einem umfassenden IT-System ausgestattet, das nicht nur alle wesentlichen Arbeitsabläufe der Vorgangsbearbeitung, sondern über ein modernes leitungsgestütztes Kommunikationsnetz auch das umfangreiche Mitteilungswesen zu den Zentralregistern und den Datenaustausch mit dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister (ZStV) und mit der Polizei umfasst.

Zum Einsatz kommt flächendeckend die im Verbund von 9 Ländern entwickelte Fachanwendung web.sta. Zur Textverarbeitung mit web.sta 2.1 wird das selbst entwickelte Programm TV-StA eingesetzt, das mit einem weitgehend zentral gepflegten umfangreichen Bestand an Textbausteinen und –formularen eine sehr komfortable Unterstützung bei der Erstellung des Schreibwerks bietet. In dem Verfahren Geldstrafenvollstreckung (GSV) werden in einem an web.sta angebundenen Verfahrensteil bei den Staatsanwaltschaften Kostendatensätze erzeugt und anschließend an die bayernweit zuständige Landesjustizkasse Bamberg zur weiteren Verarbeitung im dortigen Kassenverfahren EDV-Kosteneinzahlung übermittelt. Die erweiterte Version web.sta 3.0, mit der spezifische Module für Staatsanwälte (z.B. Abwesenheit und Eildienst, Sitzungseinteilung, Berichtskontrolle etc.) und ein Modul zur Freiheitsstrafenvollstreckung bereitgestellt und angebundene Module (insbes. Freiheitsstrafenvollstreckung, Strafzeitberechnung, Geldstrafenvollstreckung) zu einem Vollstreckungsmodul integriert werden, be-

findet sich seit Februar 2007 bei einer Staatsanwaltschaft im Pilotbetrieb und wird voraussichtlich ab Ende 2007 flächendeckend eingeführt.

Die GSV wurde in web.sta 3.0 auf neuer technischer Basis integriert.

Gleichzeitig wird für den Einsatz mit web.sta 3.0 die Textlösung TV-StA auf Basis des im Verbund mit Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen entwickelten Textsystems forumSTARText neu erstellt. Über elektronische Verfügungen werden mit diesem Textsystem Staatsanwälte und Rechtspfleger in einem automatischen workflow in die Betriebsabläufe eingebunden.

Die Arbeitsplätze der Staatsanwälte und Rechtspfleger sind ebenso wie die der Serviceeinheiten flächendeckend mit vernetzten PCs und Zugang zu E-Mail und Internet ausgestattet. Sie haben Office-Pakete sowie Zugriff auf das Fachverfahren web.sta und die juristischen Datenbanken beck-online, ibr-online und BAYERN-RECHT sowie im Rahmen einer Erprobung im Echtbetrieb auf die Zentrale Vollzugsdatei, in der Personen- und Haftdaten aller Inhaftierten in bayerischen Justizvollzugsanstalten gespeichert sind.

3. **Projekt bajTECH 2000**

Die bayerische Justiz hat am 1. Februar 2000 das Projekt bajTECH 2000 begonnen, mit dem bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften auf der Grundlage des flächendeckenden Justiznetzes vernetzte PC-Arbeitsplätze mit modernen IT-Fachverfahren eingerichtet wurden.

a) **Ziele des Projekts**

- Alle für eine IT-Unterstützung in Frage kommenden rd. 12.300 Justizarbeitsplätze werden vollständig mit vernetzter PC-Technik ausgestattet. Hinzu kommen die Arbeitsplätze in den Sitzungssälen und in 35 dezentralen IT-Schulungsräumen.
- Für alle gerichtlichen Verfahrensbereiche mit Ausnahme des Grundbuchamts und Registergerichts werden neue, webbasierte Fachprogramme für den PC-Einsatz entwickelt (Projekt forumSTAR). Dabei wird das Ziel verfolgt, die Richter, Rechtspfleger und Staatsanwälte möglichst weitgehend in die IT-unterstützten Abläufe einzubeziehen, z. B. über elektronische Verfügungen. SolumSTAR und

RegisSTAR werden dabei in das Projekt eingegliedert, nachdem diese Verfahren bereits dem aktuellen Standard entsprechen.

- Für die Textverarbeitung wurde ein verfahrensübergreifendes Textsystem entwickelt, das im Zusammenwirken mit den Fachverfahren der Gerichte und Staatsanwaltschaften die bausteingestützte Texterstellung ermöglicht und die Entwicklung und Verwaltung elektronischer Textbausteine und Formulare unterstützt.
- Für den Erstkontakt der Bediensteten bei Fragen und Problemen im Zusammenhang mit dem PC-Einsatz am Arbeitsplatz ist ein sog. User-Help-Desk, die IT-Beratungsstelle der Bayer. Justiz (IBS), zuständig, der über Telefon und Bildschirmaufschaltung Hilfestellung bei allen technischen und programmspezifischen Fragen gibt, in schwierigeren Fällen die Störungsmeldungen an die zuständige Stelle weiterleitet und die Erledigung der Meldungen überwacht. Die IBS wird durch ein Call-Tracking-System (CTS) unterstützt, an das auch alle übrigen IT-Betriebseinheiten angeschlossen sind und das hierdurch eine gemeinsame Kommunikationsbasis sicherstellt. In das CTS ist eine Wissensdatenbank integriert.
- Die rein technischen Betriebs- und Betreuungsaufgaben ohne justizfachlichen Hintergrund (insb. die Hardware, System- und Standardsoftware und das Netz betreffend) wurden – unter Wahrung der Kernkompetenz der Justiz – weitgehend auf private Firmen verlagert (sog. Outsourcing), soweit das wirtschaftlich und finanziell leistbar ist.

b) **Stand des Projekts**

aa) **Entwicklung der Fachprogramme und des Textsystems (Projekt forumSTAR)**

Die Entwicklung der forumSTAR-Teilfachverfahren ist weitgehend abgeschlossen. Auf der Grundlage der Fachfeinkonzepte werden derzeit noch von einer externen Firma restliche programmtechnische Realisierungen durchgeführt. Die Landesjustizverwaltungen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen beteiligen sich an dem Projekt. Die Fachprogramme für Zivil-, Familien-, Straf- und Vormundschaftssachen sowie das integrierte Kostenprogramm und das Textsystem wurden bereits abgenommen. Die Fachverfahren für Vollstreckungssachen (Mobiliar, Immobiliervollstreckung und Insolvenz) stehen zur Funktionsprüfung an. Die Nachlasssachen werden voraussichtlich 2008 ausgeliefert. forumSTAR-Zivil wird seit November 2004, forumSTAR-Familie seit Juli

2005 im Echtbetrieb eingeführt. Beide Fachverfahren sind bei fast 50 Gerichten erfolgreich im Einsatz. forumSTAR-Straf wird seit Juli 2006, forumSTAR-Vormundschaft seit Februar 2007 pilotiert.

bb) **Einrichtung der PC-Arbeitsplätze und der IT-Infrastruktur (Roll-Out)**

Der Roll-Out der PC und der ansonsten notwendigen IT-Infrastruktur wurde von Dezember 2002 bis Ende 2006 von einer externen Firma abgewickelt, die nach einem europaweiten Vergabeverfahren nicht nur mit der Lieferung, Installation und Inbetriebnahme der PC-Arbeitsplätze, der Infrastrukturserver und der aktiven Netzkomponenten, sondern auch mit dem Betrieb dieser Komponenten beauftragt worden ist.

cc) **Telearbeitsplätze**

Durch Dienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat wurde 2003 die Einrichtung von Wohnraum- und/oder Telearbeitsplätzen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz geregelt.

Im Rahmen des Projekts bajTECH 2000 wurden die technischen Voraussetzungen für die Einrichtung und den sicheren Betrieb von vernetzten Telearbeitsplätzen geschaffen. Damit wird es den entsprechenden Bediensteten ermöglicht, direkt vom häuslichen PC-Arbeitsplatz aus auf die benötigten Fachanwendungen, die gespeicherten Dokumente sowie das E-Mail-Postfach und das Internet zuzugreifen. Die Bediensteten an Telearbeitsplätzen sind dabei an das IT-Betreuungssystem angeschlossen und erhalten im Bedarfsfall mittels einer Fernadministrationssoftware Unterstützung bei technischen oder fachlichen Fragen und Problemen. Damit ist der Arbeitsablauf an einem Telearbeitsplatz hinsichtlich des IT-Einsatzes mit dem an einem Arbeitsplatz in der Behörde selbst vergleichbar. Durch einen gesicherten Zugang zum Justiznetz mittels eines sog. VPN (virtual private network) mit Verschlüsselung ist die Vertraulichkeit und Integrität der Daten und Dokumente ohne Performanceverlust sichergestellt. Bisher wurden 50 Telearbeitsplätze eingerichtet.

dd) **User-Help-Desk (IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz)**

Ende November 2002 hat der User-Help-Desk - die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz in Amberg, kurz IBS - den Betrieb aufgenommen. Dort werden

Justizbedienstete für die Klärung von Fragen und Problemen eingesetzt, die die Nutzung der Justizprogramme betreffen. Für die Erledigung von Anwenderfragen und Problemen hinsichtlich der Hardware (z.B. PC oder Drucker), System- oder Standardsoftware (z.B. Windows, MS-Word, MS-Outlook) und des Netzes ist ein externer Dienstleister zuständig, der durch ein europaweites Verhandlungsverfahren ausgewählt wurde und auch die User-Help-Desk-Infrastruktur betreibt. Inzwischen sind etwa 13.000 Anwender der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten an die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz angeschlossen. Durchschnittlich können von der IBS 65% aller gemeldeten Probleme innerhalb von 1/2 Stunde und 87% der Fälle innerhalb von 4 Stunden gelöst werden.

Justizvollzug

1. **Technisches Konzept**

Im bayerischen Justizvollzug werden überwiegend vernetzte Personalcomputer mit lokalen Datenbanken und Kommunikationsrechnern eingesetzt ("Client-Server-Architektur"). Alle bayerischen Justizvollzugsanstalten und die Bayer. Justizvollzugsschule sind an das Bayerische Behördennetz angeschlossen.

2. **Ausstattung**

Im bayerischen Justizvollzug sind derzeit mehr als 3000 Computerarbeitsplätze eingerichtet. Damit sind alle unterstützungsfähigen Arbeitsplätze mit einem Arbeitsplatzrechner versehen.

3. **Eingeführte Verfahren**

Auf den zentralen Verwaltungsrechenanlagen der Anstalten und der Bayer. Justizvollzugsschule werden folgende selbst entwickelten Programme eingesetzt:

a) **Gefangenengelderbuchführung (ADV-Geld) und Lohnabrechnung der Gefangenen (ADV-Lohn)**

Mit diesen Programmen werden der Arbeitslohn der Gefangenen aufgrund von Rohdaten (Lohngruppe, Arbeitszeiten, Fehlzeiten etc.) errechnet, die Gelder der Gefangenen kassenmäßig verwaltet und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ausgewiesen. "ADV-Geld und "ADV-Lohn" werden derzeit in ein modernisiertes Nachfolgeverfahren "ADV-Vollzug-Lohn" überführt, in das ein von der Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg entwickeltes Verfahren "NOVA-Zahl" weitgehend eingebunden ist. Die Verfahrenseinführung soll Ende 2007 abgeschlossen sein.

b) **Abrechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (ADV-DuZ)**

Das Programm errechnet anhand von Rohdaten für jeden Bediensteten die Höhe der Zuschläge für geleisteten Dienst zu ungünstigen Zeiten (Schicht- und Wochenendzulagen).

c) **Auftragsbearbeitung und Fakturierung in den Arbeitsverwaltungen (ADV-AB/FAK)**

Das Programm dient der Auftragsverwaltung und Abrechnung in den Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten. Realisiert ist der Bereich der Einnahmen, insbesondere Auftragsverwaltung, Kalkulation und Fakturierung sowie die Einzel- und Jahresabschlüsse. Die Anwendung wird durch ein technisch moderneres Verfahren abgelöst, welches auch die bisher noch nicht berücksichtigten Verfahrensteile abdeckt. Das neue Verfahren ist als eigenständiges Modul innerhalb des Leitverfahrens "ADV-Vollzug" konzipiert und wird mit justizeigenem Personal realisiert werden. Betroffen sind etwa 800 Arbeitsplätze.

d) **Automation der Vollzugsgeschäftsstelle und Gefangenendaten-Informationssystem (ADV-VG)**

Zentraler Bestandteil des Programms ist eine örtliche Datenbank mit Informationen zu den Gefangenen (Stammdaten, Haftdaten, Vollstreckungsdaten, sicherheitsrelevante Informationen) sowie zu dritten Personen (Rechtsbeistände, Verwandte, Bezugspersonen), die allen Bediensteten einer Anstalt zur Verfügung gestellt werden. Die Informationen können mittels des Verfahrens ADV-A/K auf die DV-Anlage der Alarm- und Kommunikationsanlage (A/K-Anlage) übernommen werden. Eingebunden sind Module zur Unterstützung der Tätigkeiten in unterschiedlichen Dienstposten (z.B. Torwache, Kammer, Besuch).

Die ursprünglich 36 lokalen Datenbanken wurden bis Mitte 2006 auf nur noch vier

Stützpunktrechner zusammengeführt. Die Konzentration auf eine einzige Zentraldatenbank in einem Rechenzentrum ist für 2008/2009 vorgesehen.

e) **Zentrale Vollzugsdatei des bayerischen Justizvollzugs (ZVD)**

Informationen über Gefangene aus den örtlichen Datenbanken im Verfahren ADV-VG werden in einer zentralen Vollzugsdatei zusammengeführt und stehen dort Bediensteten der bayerischen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten sowie dem Staatsministerium der Justiz in einem abgestuften Umfang für Auskunftszwecke zur Verfügung. Darüber hinaus werden einzelne Daten über Gefangene automatisiert an einen Kopfstellenrechner des Bayerischen Landeskriminalamtes übergeben und dort in das polizeiinterne Informationssystem integriert.

f) **Unterstützung der Bayer. Justizvollzugsschule Straubing im Bereich der Aus- und Fortbildung (ADV-Schule)**

Ein selbst entwickeltes Programm zur Unterstützung der Verwaltung bei der Durchführung von Aus- und Fortbildungslehrgängen sowie Prüfungen im Justizvollzug ist im Bereich Bayer. Justizvollzugsschule im Einsatz.

g) **Präsentation des bayerischen Justizvollzugs im Internet**

Der bayerische Justizvollzug präsentiert sich seit Mai 2003 auf einem eigenen Internet-Portal. Für die Entwicklung, Einrichtung und Pflege dieser Anwendung werden ausschließlich Open-Source-Produkte verwendet.

h) **Internetauftritt der Arbeitsbetriebe**

Der Internetauftritt der Arbeitsbetriebe der bayerischen Justizvollzugsanstalten wurde inhaltlich und funktionell erheblich erweitert und bietet seit Anfang 2006 umfassende Informationen über die Produktpalette und die Vielfalt der Angebote in den Justizvollzugsanstalten. Ein Online-Shop und eine Kunden/Auftragsverwaltung befinden sich im Aufbau.

i) **Personalverwaltungsverfahren "DIAPERS-GX"**

Zur Unterstützung der Justizvollzugsanstalten als Beschäftigungsbehörden und des Staatsministeriums der Justiz als Ernennungsbehörde wurde das Personalverwaltungsprogramm "DIAPERS-GX" eingeführt. Die Personaldaten der rund 5.400 Bediensteten sind vollständig erfasst und stehen für Abfragen und Auswertungen sowie zur Einbindung der Textverarbeitung zur Verfügung. Das umfangreiche Schrift-

gut der Strafvollzugsabteilung im Staatsministerium der Justiz als Ernennungsbehörde ist vollständig auf Datenbankabfragen in DIAPERS-GX umgestellt. Von einer Weiterentwicklung wurde im Hinblick auf den für das Jahr 2009 vorgesehenen Umstieg der Gesamtjustiz auf das Personalverwaltungssystem "VIVA-Pro" abgesehen.